

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien, (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4gesp. Zeile 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln.

Die gewerkschaftlichen Organisationen bezwecken die Befreiung aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit. — Die gewerkschaftlichen Organisationen verkürzen die Arbeitszeit und verlängern dadurch das Leben. — Die gewerkschaftlichen Organisationen fördern die Aufklärung und kämpfen gegen die Finsternis. — Die gewerkschaftlichen Organisationen verbreiten die Solidarität und vertreiben den Raftengeist. — Die gewerkschaftlichen Organisationen streben nach Recht und schaffen das Unrecht ab. — Die gewerkschaftlichen Organisationen machen die Welt besser! — Darum sollten alle Lohnarbeiter organisiert sein.

(Aus einem amerikanischen Blatte.)

Wid' zurück — wid' vorwärts!

Wid' ernst zurück — beim letzten Glockenschlage Am Jahreschluss in stiller Mitternacht! Frag' sinnend dich, ob du vergang'ne Tage Zum Wohl dir selbst — des Nächsten zugebracht? Gib' Antwort dir, ob du in Kampfesstunden Gezeiten hast mit Mannesmut und Ehr', Ob Bangigkeit nicht manchmal du empfunden, Wenn vor dir stand ein grimmig trugig Heer? Wid' vorwärts auch — beim ersten Glockenzeichen Im neuen Jahr voll Mut und Zuversicht! Das Ziel im Aug' — ich will es einst erreichen, Ein Kämpfer stark — in froher Hoffnung spricht! Marschieren will ich fest im heil'gen Kriege, Wenn auch der Kampf ist noch so riesig groß. Frisch auf, das Banner hoch! — Frisch auf zum Siege Zu bessern mein und meiner Brüder Los! Julius Zimmermann.

Arbeiter der Buch- und Papierindustrie aufgemacht!

Wohl für keinen Staat der Welt trifft das Wort vom Zeitalter der Technik mehr zu, wie für Deutschland. Nirgendwo hat die moderne Technik einen derartigen Aufschwung und Umschwung hervorgebracht, wie in unserem lieben Vaterlande. Diese Tatsache wird am besten illustriert durch die ungeheure Zunahme der Bevölkerung. Während im Jahre 1871 bei Gründung des deutschen Reiches 40 Millionen vorhanden waren, zählen wir heute 64 Millionen. Die jährliche Volksvermehrung beträgt rund gerechnet 900.000 Seelen. Diese ungeheure Vermehrung der Bevölkerung findet aber fast ausschließlich in Industrie, Handel und Verkehr ihr Brot. Während bis zur Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts Deutschland überwiegend Agrarstaat war, d. h. die Bevölkerung lebte zum größten Teil von der Landwirtschaft, sind heute 64% also nahezu $\frac{2}{3}$ in der Industrie beschäftigt.

Um diesem gewaltigen Umschwung hat auch die gesamte Papier-Industrie, sowie die Polygraphischen Gewerbe einen bedeutenden Anteil. Deutschland hatte 1907 eine Papiererzeugung von 8 Millionen Ztr. und steht damit an erster Stelle in Europa und wird nur noch von Amerika übertroffen. Mit dem Betrage von 1 087 000 Ztr. marschiert Deutschland, bezüglich der Ausfuhr, an der Spitze sämtlicher Staaten. Ebenso hat die Bücherproduktion

einen ungeheuren Umfang angenommen. Auch hier steht Deutschland unübertroffen da. Eine große Vielseitigkeit und immer neue Anwendungsarten finden wir in der sonstigen Papierverarbeitungs-Industrie. Die Bedeutung der Buch- und Papier-Industrie geht auch daraus hervor, daß über eine Viertel Million Personen in ihr beschäftigt sind.

Aber haben auch diese Personen entsprechend der großen Bedeutung der Papierindustrie ausreichenden Lohn? Sind die Verhältnisse dieser Personen derart, daß sie es nicht nötig hätten, zur Selbsthilfe, zur Organisation zu greifen?

Weber das Eine noch das Andere. Gewiß sind in unserer Industrie, in unserem Gewerbe große Mehrwerte geschaffen worden. Aber nur einer dünnen Oberschicht sind dieselben zugeflossen. Die große Mehrzahl dieser Personen lebt auch heute noch in bescheidenen Verhältnissen. Und nicht allein das, auch die Achtung der Arbeiter, die Anerkennung der Gleichberechtigung lassen noch viel, wenn nicht alles zu wünschen übrig.

Woher diese Erscheinung? Sprechen wir es nur ruhig aus. Weil noch Zehntausende unserer Berufskollegen nicht den Wert der Organisation erkannt haben.

Kollegen und Kolleginnen, die ihr uns noch fernsteht, an Euch wenden wir uns heute zum so und sovielten Male, erkenne doch endlich eure Pflicht. Werdet euch bemüht, daß nur der gedachte wird, der sich auch zu wehren weis. Greift zur Waffe, zur Organisation. Seht, eure Arbeitgeber verstehen besser, ihre Interessen zu wahren. Sie bilden Kartelle, Trusts, Preisvereinbarungen usw. Ihr aber, die Schwächsten von Allen, ihr glaubt durch Unterwürfigkeit eure Interessen wahren zu können. Man gibt euch das Recht der Vereinigung. Ihr aber benützt es nicht. Bedenkt:

Wenn du dich selber machst zum Knecht, Bedauert dich niemand, geht's dir schlecht.

Jeder, der in einer Gemeinschaft lebt, hat auch Pflichten gegenüber der Gemeinschaft. Im Staatsleben sorgt schon der Zwang für Erfüllung unserer staatsbürgerlichen Pflichten. Im Berufsleben besteht kein Zwang. Da ist es in das Pflichtgefühl eines jeden gestellt, als selbstthätiger Augenwächter seine eigenen Wege zu gehen, aber gemeinsam mit seinen Arbeitsbrüdern zu kämpfen und zu siegen.

Sollte denn kein Funken von Solidarität in euch glühen? Wollt ihr denn noch immer zu sehen, wie eure Kollegen für bessere Verhältnisse streben, wie Einzelne von euch sich rastlos abmühen, ihrem Stande Gleichberechtigung zu verschaffen? Steigt euch denn die Schamröte nicht ins Gesicht, wenn ihr auch davon profitiert, was andere geschaffen und oft unter großen Opfern errungen haben?

Nein Kollegen und Kolleginnen, so selbstthätig seid ihr nicht. Nur Gedankenlosigkeit, nur Schwachheit hat euch abgehalten einzutreten, in die Reihen eurer kämpfenden Kollegen. Macht uns den Kampf leichter, indem ihr in unsere Reihen eintrittet.

Bereinzelt sind wir nicht, Geschlossen eine Macht.

Zum Licht empor mit klarem Blick Ein Vorwärts stets, wie ein Jurid Ein frohes Hoffen, Kühnes Streben Und schnelles Handeln auch daneben — Dann hat das Dasein Zweck und Ziel, Wer Großes will, erreicht auch viel.

B. Lindenberg.

Was erstreben wir in den Organisationen?

Kurz und bündig antworten wir: Verbesserung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Berechtigung dieser Forderungen wollen wir im Nachstehenden zu beweisen suchen.

Aus dem Bericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft für 1908 geht hervor, daß der Durchschnittslohn dieser Branchen sich sogar wieder verringert hat. Im Jahre 1907 betrug er 871 Mark, im Jahre 1908, 868 Mark. Auf die einzelnen Kategorien gerechnet, ergab sich ein Durchschnittslohn für männliche Vollarbeiter von 926 Mark, für erwachsene Arbeiterinnen 612 Mark, für jugendliche Arbeiter 438 Mark und für jugendliche Arbeiterinnen 402 Mark.

Damit wäre für diese Branche die Notwendigkeit höherer Löhne schon bewiesen. Wohl wissen wir, daß in einigen Gegenden höhere Löhne bezahlt werden. Aber solange der Durchschnittslohn amtlich so niedrig notiert wird, dürfte niemand an der Berechtigung höherer Lohnforderungen zweifeln. Und die Kollegen, die diese höhere Löhne begehren, sollten darin ein Ansporn sehen, durch ihren Beitritt zur Organisation und rege Agitation unter den Indifferenten zur Hebung ihrer schlechter gestellten Kollegen beizutragen.

Auch in den anderen Berufsarten der Papierverarbeitung liegen die Verhältnisse ebenso.

Hat der Arbeiter allein den Augen vom höheren Lohn?

Unsere Gegner sagen, durch die hohen Löhne würde die Konkurrenzfähigkeit unsere Industrie in Frage gestellt. Wir nichten. Gut bezahlte Arbeiter leisten mehr und arbeiten besser wie schlecht entlohnte Arbeiter. England und Amerika beweisen dieses zur Genüge. Hat der Arbeiter einen auskömmlichen Lohn, so steigt auch seine Arbeitskraft und wenn wir im ersten Artikel gehört haben, daß $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung von der Industrie lebt, so ist es ohne weiteres klar, daß die Industrie wieder selbst den größten Teil dieses höheren Lohnes einnimmt.

Aber auch die Gemeinden und der Staat haben ein Interesse an gut entlohnten Arbeitern. Die Gemeinden, die durch die moderne Entwicklung immer mehr zu größeren Ausgaben gezwungen werden, kann es nicht gleichgültig sein, ob ein sehr großer Teil ihrer Bevölkerung heuerkräftig ist oder ob er im Gegenteil der Gemeinde zur Last fällt. Ebenso hat der Staat ein großes Interesse am gut bezahlten Arbeiter. Seine Wehrfähigkeit beruht auf einem körperlich gefunden und gut ernährten Volke.

Aber auch im eigenen Interesse des Arbeiters liegt ein auskömmlicher Lohn. Der Mann soll so viel verdienen, daß er allein imstande ist, seine Familie zu ernähren. Leider geht aus der

Statistik hervor, daß gerade die Frauenarbeit in unseren Berufen zugenommen hat. Ein Beweis dafür, daß die Löhne der Arbeiter nicht hingereicht haben, ihre Familien selbständig zu ernähren. Wie es in solchen Familien mit dem Nachwuchs aussieht, ist jedem Eingeweihten klar. Auch bezüglich der Wohnungsfrage und der damit zusammenhängenden Zuständen ist die Forderung nach höherem Lohne durchaus am Platze.

Wir fordern höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen im Interesse unserer selbst, unserer Familien, Gemeinde, Staat und Volkswirtschaft.

Ebenso ist es mit der Forderung nach kürzerer Arbeitszeit. Auch hier kommt das Interesse des Arbeiters, seine Gesundheit, seine Leistungsfähigkeit, das Wohl seiner Familie in Frage. Zwecklos wird ein Arbeiter länger imstande sein, seinen Pflichten nachzukommen, wenn er nicht durch übermäßige Ausbeutung der Arbeitszeit vorzeitig geschwächt wird.

Ganz gewiß kann auch Mißbrauch gerieben werden. Aber die tägliche Erfahrung bestätigt es uns, daß gerade die Arbeiter mit langer Arbeitszeit und hohem Lohn trotzdem den größten Prozentsatz der Alkoholiker stellen. Für sie ist eben keine Möglichkeit da, anderen eblernen Vergnügungen und Beschäftigungen nachzugehen. Dieses ließe sich noch anführen für unsere Forderungen, doch das Besagte mag genügen.

Kollegen schließt die Reihen, trägt durch euren Beitritt zur Organisation mit dazu bei, unsere gerechten Forderungen zum Durchbruch zu bringen.

Wir vorurteilslosen Beobachter können darin überwiegen, daß für die Erziehung der Arbeiter zu selbständigen Männern und freien, gleichwertigen Bürgern nicht so viel geleistet hat als die Gewerkschaftsbewegung. (Professor Dr. Hertner.)

Wie sieht es aus mit der Behandlung des Arbeiters?

Wenn wir obige Frage zu beantworten uns anschicken, so müssen wir nicht auf die vielen Klagen und großen Ungerechtigkeiten hinweisen, die der Arbeiter tagtäglich zu kosten bekommt, sondern nur die der Allgemeinheit des Arbeiterstandes zugefügten Ungerechtigkeiten hervorheben.

Da nennen wir zuerst das Verlangen der Anerkennung der Organisation der Arbeiter. Trotzdem, daß der Arbeiter ein gesetzliches Recht hat, sich mit feinesgleichen zu koalieren, verweigert ein großer Teil der Groß- und auch Kleinunternehmer den Arbeitern dieses Recht. Trotzdem sie selbst den ausgebeuteten Gebrauch von der Vertretung machen, machen sie sich kein Gewissen daraus, dieses Recht im Gefolge ihrer Macht, bei ihren Arbeitern zu unterdrücken.

Und warum? Nur aus egoistischen Gründen. Man fürchtet, daß der Arbeiter durch die Organisation stark werde, das, was man ihm ersonnen hat, sich zu erkämpfen. Man will Untergebene haben, keine selbständigen Männer. Ja, man scheut sich nicht, durch sogenannte Wohlfahrtsvereinigungen den Arbeitern das Recht, sich zu vereinen, abzukaufen. Nur diejenigen Wohlfahrtsvereinigungen, die ohne jede Hinterforderungen getätigt sind, haben Anspruch auf Anerkennung. In allen anderen Fällen bedeuten diese Gelder nur den Kaufpreis für die Manneswürde und die Freiheit des Arbeiters.

Wie die Arbeitgeber selber über solche von ihrem Stande denken, die sich ihren Organisationen nicht anschließen haben, beweisen die Ausführungen eines Arbeitgebers in der Mitteldeutschen Arbeitgeberzeitung:

„Ich mich und Aufschauungen, als wenn man heute noch ganz gut ohne Verband existieren, läßt sich. Ich kann Arbeitgeber, die heutigen Aufschauungen haben, nicht als egoistisch bezeichnen und als solche, die den Selbstbestimmenden Männer unterdrücken. Es sind ja auch Egoisten, die andere für sich die Interessen und den Zweck haben lassen und die Zweck erfüllen wollen, die andere geistlich. Verabschiedungswürdige Nationen, für die der eiserne Befehl zum Abgehen von der Welt nicht mehr hat. Die Verbandsorganisation möge einmal ernstlich erwägen, wie den Arbeitern schädlich und den Kapitalgebern, die nicht als Egoisten sind und nur aus egoistischen Gründen den Verband meiden, beizutreten ist und wie diesen der Gehalt der Vorteile, die der Verband für seine Mitglieder — miteinander unter großen Opfern der Letzteren — erwirgen, entgegen werden kann. Wer nicht mit und ist, ist

gegen uns und keiner hat das Recht, an unseren Erwerbsverhältnissen teilzuhaben, der nicht in unseren Reihen steht. Eine große und dankbare Aufgabe unserer Verbände ist es deshalb, Mittel und Wege zu suchen, die alle von den Vorteilen ausschließen, die nicht in unseren Verbänden sind. Ist dieser bedeutungsvolle Schritt gelungen, und er muß gelingen, so werden auch die die paar Mark Verbandsbeitrag gerne bezahlen, die sich heute davon zu drücken suchen.“

Was man bei den Standesgenossen nicht scharf genug verurteilen kann, wird bei den Arbeitern als Tugend hingestellt, als Beweis der Bravheit und Zuverlässigkeit.

Einen ferneren Beweis für die ungerechte Behandlung der Arbeiter sind die Zwangsgründungen von sog. gelben Verbänden. Diese schwachwilligen Gebilde, die jeden Arbeiter, der noch nicht alles Gefühl für Ehre und Reputation verloren hat, innerlich mißfallen läßt. Mit Klistern und Biergelagen wird der Arbeiter betört und ihm vorgeschmeißelt, wie gut er es habe im Gegensatz zu den der Organisation angehörigen Kollegen. Ein großes Bedauern muß einen antommen für diejenigen, die gewonnen sind, solchen Vereinen anzugehören. Das Geschlecht, das man sich aber damit erzieht, schiltet treffend folgender Vers:

„Zwei Geschlechter machen heute Karriere in unserem Staat, Liebe, ehrenhafte Leute, Trinken Bier und spielen Stat. Und sie heißen kurz und schlicht: Dackebich und Denkericht!“ (Ernst Jiel.)

Doch die schärfste Behandlung der deutschen Arbeiter durch die Arbeitgeber sind durch die jüngsten Vorkommnisse aufgeleckt worden. Wir meinen die einseitigen Arbeitsnachweise nach dem Hamburger System, womit man hofft, dem deutschen Arbeiter auch den letzten Rest von Selbstachtung und Menschenwürde auszutreiben. Man möchte ihn zum willenlosen Sklaven machen, der trotz sein muß, das Stück Brot aus der Hand seines Herrn zu empfangen. Aber nicht allein die selbstbewußten Arbeiter sucht man durch die Hungerpeitsche müde zu machen, nein, man ist so brutal, jeden Unglücklichen, der ein kleines körperliches Gebrechen hat, von der Schwelle zu jagen, ihm den Unterhalt zu verweigern.

Kollegen und Kolleginnen, ein Schrei der Unterstützung ringt sich aus der Brust, wenn man die Enthüllungen über den Mannheimer-Ludwigs-häuser Arbeitsnachweis liest.

Nur eine Antwort gibt es darauf:

Gemein in die Organisation!

An unserer Geschlossenheit muß jede Lücke geschlossen.

Eine weitere Aufgabe der Organisation ist die Unterstützung der Mitglieder bei vorkommenden Notfällen.

Wenn wir in den vorhergehenden Artikeln gezeigt haben, ein wie starker Unterschied zwischen der äußeren Größe unserer Industrien und der Lage der Arbeiter in denselben besteht, so meinen wir, das wäre Grund genug schon, jeden Arbeitsbruder und Schwester zu bewegen, die ihnen entgegengetretene Hand ihrer Kollegen zu ergreifen. Aber die Organisation geht noch weiter, sie will nicht allein auch helfen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, sondern auch auch in den vielen Notfällen des Arbeitslebens trau und gut zur Seite stehen. Wie es damit in unserem Verbande bestellt ist, mögen auch die folgenden Zeilen beweisen.

Was bieten wir?

a) Bei Arbeitslosigkeit:

Bei einem Beitrag von 90 Pfg. nach halbjähriger Mitgliedschaft per Tag 1.50 Mk. auf die Dauer von 30 Tagen, steigend bis nach 5jähriger Mitgliedschaft, per Tag 3.00 Mk. auf die Dauer von 100 Tagen.

Bei einem Beitrag von 60 Pfg. nach halbjähriger Mitgliedschaft, per Tag 1.00 Mk. auf die Dauer von 30 Tagen, steigend bis nach 5jähriger Mitgliedschaft, per Tag 2.00 Mk. auf die Dauer von 100 Tagen.

Bei einem Beitrag von 45 Pfg. nach halbjähriger Mitgliedschaft, per Tag 0.75 Mk. auf die Dauer von 30 Tagen, steigend bis nach 5jähriger Mitgliedschaft, per Tag 1.75 Mk. auf die Dauer von 60 Tagen.

Bei einem Beitrag von 35 Pfg. nach halbjähriger Mitgliedschaft, per Tag 0.50 Mk. auf die Dauer von 30 Tagen, steigend bis nach 5jähriger Mitgliedschaft, per Tag 1.50 Mk. auf die Dauer von 60 Tagen.

(Für Kolleginnen.)

Bei einem Beitrag von 25 Pfg. nach halbjähriger Mitgliedschaft, per Tag 0.40 Mk. auf die Dauer von 30 Tagen, steigend bis nach 5jähriger Mitgliedschaft, per Tag 1.25 Mk. auf die Dauer von 40 Tagen.

b) Krankenunterstützung.

Bei einem Beitrag von 0.90 Mk. nach halbjähriger Mitgliedschaft per Tag 0.90 Mk. auf die Dauer von 30 Tagen, steigend bis nach 4jähriger Mitgliedschaft per Tag 2.25 Mk. auf die Dauer von 80 Wochen.

Bei einem Beitrag von 0.60 Mk. nach halbjähriger Mitgliedschaft per Tag 0.60 Mk. auf die Dauer von 30 Tagen, steigend bis nach 4jähriger Mitgliedschaft per Tag 1.50 Mk. auf die Dauer von 80 Tagen.

Bei einem Beitrag von 0.45 Mk. nach halbjähriger Mitgliedschaft per Tag 0.45 Mk. auf die Dauer von 30 Tagen, steigend bis nach 4jähriger Mitgliedschaft per Tag 1.00 Mk. auf die Dauer von 80 Tagen.

Bei einem Beitrag von 0.35 Mk. nach halbjähriger Mitgliedschaft per Tag 0.35 Mk. auf die Dauer von 30 Tagen, steigend bis nach 4jähriger Mitgliedschaft per Tag 0.75 Mk. auf die Dauer von 80 Tagen.

(Für Kolleginnen.)

Bei einem Beitrag von 0.25 Mk. nach halbjähriger Mitgliedschaft per Tag 0.25 Mk. auf die Dauer von 30 Tagen, steigend bis nach 4jähriger Mitgliedschaft per Tag 0.60 Mk. auf die Dauer von 70 Tagen.

Wohnerinnen-Unterstützung wird nach zweijähriger Mitgliedschaft für 6 Wochen nach obigen Sätzen gewährt.

Wahrgeldunterstützung für 10 Wochen je nach Lage des Falles bis zur Höhe des letzten Arbeitsverdienstes.

d) Streikunterstützung.

Im ersten Jahre der Mitgliedschaft je nach Beitragsklasse bis zu 18 Mk. Nach einjähriger Mitgliedschaft je nach Beitragsklasse bis zu 27 Mk.

e) Bei Sterbefällen.

Bei zweijähriger Mitgliedschaft je nach Beitragsklasse von 15 Mk. — 67.50 Mk.; steigend bis bei 5jähriger Mitgliedschaft je nach Beitragsklasse von 30 Mk. — 150.

Außerdem gewährt unser Verband verheirateten Mitgliedern

Umzugsunterstützung

und allen Mitgliedern

Rechtschutz

und unentgeltliche Vertretung beim Reichsversicherungsamt.

Unser Verbandsorgan die „Graphische Stimmen“ wird den Mitgliedern alle 14 Tage gratis zugestellt. Außerdem erscheint monatlich die von den Mitgliedern sehr geschätzte „Technische Rundschau“, die den Zweck verfolgt, unsere Kollegen auch beruflich weiter zu bilden.

Kollegen und Kolleginnen! Was ergibt sich aus allem dem?

Kein Arbeiter, der das christliche Bekenntnis hat, sich und seinem Stande zu helfen, sondern sich ab von feinesgleichen. Wer möchte zu jenen gehören, der auf freier Selbstsucht nicht für seine Arbeitsbrüder und -Schwestern übrig hat? — Arbeiter und Arbeiterinnen der Buch- und Papierindustrie! Organisiert Euch! „Verzinkt vermaget Ihr nicht; gelassen alle!“

Die bevorstehenden Neuwahlen der Bezirksvereine.

Das Jahr 1909 liegt hinter uns und ein neues mit neuen Pflichten und Arbeiten steht vor uns. Neue Statuten haben die Neuwahlen der Ortsvereine im Januar durch Generalversammlungen zu erfolgen. Es dürfte deshalb äußerst nützlich sein, auf einige beachtenswerte Momente hinzuweisen.

Die Wahl des Vorstandes ist für die Bezirksvereine von äußerst wichtiger Bedeutung. Das Wohl und Wehe einer Bezirksverein liegt in den weissen Händen von dem Vorstände abhänghen. Der Bezirksvereinsvorstand, der sich aus tüchtigen Gewerkschaftlern zusammensetzt, sich seiner Pflicht

bewusst ist und diese auch zu erfüllen trachtet, wird stets in der Lage sein, die Kollegenchaft geschlossen zu halten und deren Reizen zu verdrängen. Ohne Vernachlässigung der inneren Verwaltungsaufgaben muß er als Hauptprogramm die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder im Auge haben. Einem tüchtigen Vorstand werden weder Mittel noch Gelegenheiten zu dieser wichtigen Sache fehlen. Sehr oft lehrt ja die Erfahrung, daß Dugende von Beschüssen gefahrt werden, aber zur Ausführung kommt es in den meisten Fällen nicht, was theoretisch beabsichtigt wurde. Der nachher eintreffende Kritik folgt dann gewöhnlich die allbekannte Ursache, der oder jener außerhalb oder auch selbst vom Vorstand hat sein gegebenes Wort nicht gehalten und wir wenige waren nicht in der Lage, etwas zu unternehmen. Solche Zustände sind zu bedauern, aber sie werden nie anders, wenn nicht die Hauptfaktoren in solcher Situation seien, daß auch Wenige, selbst ein Einzelner bei gutem Willen in der Lage ist, Großes zu leisten. Durch das gute Beispiel des Einzelnen wird das Selbstvertrauen gehoben und jeder Einzelne wird nach der sichtbaren, ensigen Tätigkeit des Vorstandes, bezw. dessen Vorsitzenden künftig sein gegebenes Wort halten und in gleicher Weise fördernd für den Verband zu wirken trachten.

Trotz aller Unsicherheit ist jeder einzelne Posten wichtig und dessen Aufgaben notwendig zur ordentlichen Geschäftsführung. Es sei nur einmal an die Einföhrung der Beiträge, Ausbau des Vertrauensmännersystems, Kontrolle der Hinterziehungsempfänger, Ausbildung der Interessierungen, geordnete Kassaführung, Vorbereitung der Versammlungen, Prospektvertrieb usw. erinnert.

Zu diesen fändigen inneren Angelegenheiten kommen noch außerordentliche hinzu, wie z. B. künstliche Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Vorbereitung und Durchführung von Lohnbewegungen, Einföhrung von Tarifverträgen.

Schon aus dem Angeführten ergibt sich das weite Tätigkeitsgebiet des Vorstandes, aber darum auch die Wichtigkeit. Daraus folgt, von welcher Bedeutung die Wahl des Vorstandes für die Jahressitzung ist.

Bei der Wahl selbst ist zu beachten, daß nicht nur die Wahlmänner staatsfinden, sondern daß die Wahl genügend vorbereitet, daß über die zu wählenden Kollegen bereits schon vorher eine Verständigung getroffen ist. Wie mancher Kollege wurde schon in den Vorstand gewählt, vielleicht seiner schönen Worte wegen oder weil er ein gutes „Mundwort“ hat. Vielleicht hat der Kollege dem Vorstand mal kräftig die „Meinung gesagt“, Kritik an dessen seitheriger Tätigkeit geübt. Und hiernach stellt es sich heraus, daß das Mitglied wohl gut schwänzen, aber nichts arbeiten kann, zu praktischer Arbeit untauglich ist. Wohl sollen die Vorstandsmitglieder, besonders der Vorsitzende, etwas rebuschig begabt sein. Wo das aber nicht der Fall ist, dafür aber mehr am inneren und äußeren Wachsen der Jahressitzung gearbeitet wird, ist das Fehlen der Reifezeitigkeit kein eigentlicher Mangel. Gut und schön reden zu können, ist nicht unbedingte Notwendigkeit, wohl aber echte gewerkschaftliche Arbeit. Deshalb muß man bei der Wahl darauf, daß vorzuziehender und überlegender Kollege, die auch sprachlich tüchtig sind, in den Vorstand kommen. Und diese zur Sache müssen diese Kollegen ebenfalls mitbringen. Darin liegt die Triebkraft zur Arbeit, das Geheimnis des Erfolges auch in gewerkschaftlicher Beziehung verborgen. Wo die Liebe zur Sache fehlt, da fehlt der Antrieb, da wird nur die unumgängliche notwendige Arbeit als lästige Pflicht getan, da wird die lebendig sein sollende Arbeit zur Maschine, zum toten Mechanismus; da gibt es keinen Fortschritt, kein gewerkschaftliches Leben.

Sobald sollen die Kollegen des Vorstandes möglichst selbst sein. Die vielen und fortwährenden Veränderungen im Vorstand, die mehrmaligen Wahlen im Jahr innerhalb einer Jahressitzung sind kein Nutzen. Andererseits kann aber auch nicht gut verlangt werden, daß z. B. die Kollegen vom Handwerk, die gleichsam reifen müssen, nur des Verbandes wegen am Orte verbleiben. Ein oder mehrere Kollegen müssen sich finden, die ständig da sind und diese müssen interessiert werden. Vor allem soll der Kollege beim der Weisenerfüllungsausschüßler der „ruhende Pol“ in der Erscheinungen „Blut“, d. h. sein „Wanderpögel“ sein.

So schädlich der fortwährende Wechsel im Vorstand für die Jahressitzung ist, so nützlich kann es aber unter Umständen andererseits sein, wenn ein Wechsel stattfindet. Es scheiden auch Kollegen aus, die schon jahrelang dem Verband angehören, die treu und redlich ihre Pflicht getan haben. Da muß nun für entsprechenden Ersatz gesorgt werden. Wenn dem einen Vorstand frisches Blut in Form von neuertretenden tüchtigen Kollegen zugeführt wird, so ist das wahrlich auch kein Schaden, für manche Jahressitzungen kann das schließlich nur von Vorteil sein, ohne daß wir damit den ausschließlichen Kollegen zu nahe treten wollen.

Nach einige Worte zu der Generalversammlung selbst. Gerade die Generalversammlung am Jahresabschluss sollte mit äußerster Sorgfalt vorbereitet werden. Vor allen Dingen muß ein vollständiger Jahresbericht erstattet werden, nicht ein solcher, der nur die Zahl der Sitzungen und Versammlungen aufzählt. Wohl gehört auch dies zum Bericht, darf aber nicht den einzigen Inhalt bilden, denn damit erhalten die Mitglieder kein Bild von der Tätigkeit des Vorstandes, es gibt keine Anregungen, die befruchtend auf die Tätigkeit im kommenden Jahre wirken könnten. Der Jahresbericht soll eingehen auf das Gewerbe, Konjunktur, Arbeitsmarkt, Neuerwerbungen in Industrie und Handwerk, Maßnahmen und Zusammenschluß der Arbeitgeber, auf alle wichtigen Dinge, die direkt oder indirekt auch auf Gewerkschaftsleben und Wirtschaftsverhältnisse einwirken, auf die innere und äußere Entwicklung der Jahressitzung (diesbezügliche Punkte sind zum Teil oben angeführt), Mitglieder und Kassenzustände, wichtige Ereignisse im örtlichen Gewerkschaftsleben, auch die Arbeit und Erfolg, Fehler, die begangen wurden usw.

Wird ein Jahresbericht folgerart ausgearbeitet und zusammengestellt, dann erhalten die Mitglieder auch ein

wirkliches Bild über die Tätigkeit des Vorstandes, die trotzdem Zahlen erhalten Leben. Die geleistete (und nicht geleistete) Arbeit läßt sich besser übersehen, kommt mehr zur Geltung und es entspringen auch neue Anregungen.

Die Mitglieder sollten es sich zur Pflicht machen, vollständig der Generalversammlung ihrer Zahlstelle beizuwohnen. Darin gibt sich das Interesse kund, die Anteilnahme und Dankabstattung für die selbstlose Tätigkeit des Vorstandes im Interesse der Mitglieder. Der Vorstand muß einerseits das nötige tun, um einen guten Besuch der Generalversammlung zu erzielen. Eine gut besuchte und verlaufene Generalversammlung wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Sowohl die Mitglieder wie der Zahlstellenvorstand werden neues Mut, Liebe und Begeisterung schöpfen, deren wir alle so notwendig bedürfen in dem Ringen und Kämpfen, das die Gewerkschaftsbewegung erfordert.

Werden bei den kommenden Wahlen der Zahlstellenvorstände diese Hinweise allseits genügend beachtet, dann werden die Jahressitzungen und damit der Verband Nutzen davon haben und die ganze Entwicklung des Verbandes davon günstig beeinflusst. Arbeit, Fortschritt, Leben, das sei daher die Losung.

Kerulliche Differenzen in Freiburg.

Wie wir schon in voriger Nummer der Graphischen Stimmen ausführlich berichteten, sind in freiburger Weise zwischen der Verlagshaus Herder, den Buchdruckereibesitzern in Freiburg, und den Arbeiterorganisationen Tarifverträge 4jähriger Dauer zustande gekommen. Die Verhandlung, welche jedes Verhandlungsausschüß, zeigt sich nun in ihrem wahren Gesicht. In ihrem Begründungsschreiben an die Lohnkommission führte sie u. a. auch an, daß die Bewegung von den Beihilfen der Graphischen ausgehe, ihre eigenen Leute mit der Sache nichts zu tun hätten. Ferner wenn einzelne ihrer Beihilfen Wünsche oder Beschwerden hätten, dann sei der Obermeister gerne bereit, solche entgegenzunehmen und wenn möglich, für Abhilfe Sorge zu tragen. Gelegentlich des Vorstellungsverbandes der Verbandsvorretter Hornbach und Frei äußerten sich auch einige Meister in der Weise, daß wenn ihre Leute nicht zufrieden mit ihren Verhältnissen wären, sich diese persönlich an diese wenden sollten.

Die Arbeiterschaft der Innung hat nun teilweise diese Anregung am Freitag, den 21. Dezember, befolgt und steht auch in einigen Fällen zu erwarten, daß die Sache eine friedliche Lösung erfährt. Aber in welcher Richtung bewegt sich hierzu das Verhalten der Firma Herder, welche das größte Personal seitens der Innungsmeister beschäftigt. Sie hat das Vorstellungsverband ihres Personals mit der teilweise Kündigung beantragt. Die Innungsmitglieder selbstverständlich hierbei schonend. Von den 5 Arbeiterinnen, die sämtlich organisiert, hatte nur eine die Kündigung bekommen, wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation; es haben aber hierauf sämtliche Kollegeninnen daraufhin, falls die Kündigung eingereicht, da handelt es sich bei teils um Arbeiter, die jahrelang in dem Geschäft tätig sind, und da in den letzten Jahren keine wesentlichen Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse eingetreten sind und andererseits durch den Tarifabschluß mit dem Groß des Freiburger Maschinenpersonals wesentliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse eingetreten sind, so handelt es sich seitens der vorstellig gewordenen Arbeiterschaft doch sicherlich nicht um ein unbedingtes Verlangen. Gerade bei dieser Firma dürfte die Realisierung am allerleichtesten möglich sein. Aber sie will nicht und glaubt die Berechtigung zu haben, ihrem Personal das diesem gesetzlich zustehende Recht der Koalition zu verweigern zu können. Die organisierte Arbeiterschaft läßt sich ein solches Recht, das ihr Arbeitgeber selbst auch für sich in Anspruch nimmt, nicht nehmen, sondern sie ist fest entschlossen, bis auf äußerste ihre Interessen zu vertreten. Hoffentlich dämmt sich auch bei dem letzten Indifferenten das Gewissen gegen solch schwarzmacherei'sche Vorgehen seitens der Unternehmer auf. Nicht nur der organisierte Arbeiter hat Vorteil von den Bestrebungen der Organisation, sondern auch derjenige, der ihr fernsteht. Je größer die Zahl der Kämpfer, desto reichlicher Erfolg bei Bewegungen. Darum auf zur unermüdbaren Aufklärung der uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen, damit wir beim nächsten Vorgehen noch gestärkter bestehen und auch jetzt schon das rückständige und teilweise schwarzmacherei'sche Verhalten der Innung gebrochen werden kann.

Rundschau.

Die Tarifverträge im Jahre 1908.

Bei der hohen Bedeutung der Tarifbewegung für das gewerkschaftliche Leben und namentlich für den sozialen Frieden ist es von großem Wert, die Entwicklung dieser Bewegung ständig zu verfolgen. Die Mitteilung für Arbeiterkassen des Kaiserl. Statist. Amtes hat dies bereits seit einer Reihe von Jahren getan und veröffentlicht jetzt zur Ergänzung ihrer früheren befristeten Publikationen als Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatt (1908, Nr. 11) eine Uebersicht über die Tarifverträge im Jahre 1908. Die Statistik baut sich in der Hauptsache auf dem von Arbeitnehmerverbänden überreichten Material auf, während die weniger zahlreichen Einwendungen von einzelnen Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden sowie von Gewerbebehörden zur Ergänzung und Kontrolle dienen. Die Zahl der von den Arbeitnehmern angegebene, neu abgeschlossenen Tarifverträge betrug im Jahre 1907 2722 für 52888 Betriebe mit 411365 Personen, im Jahre 1908 2853 für 50450 Betriebe mit 411265 Personen. In den Jahren beider Jahre sind Doppelzählungen enthalten; diese konnten für 1908 durch sorgfältige Prüfungen beseitigt werden, und es verbleibt

sich dann die Zahl der neuabgeschlossenen Tarifgemeinschaften für jedes Jahr auf 1973 für 40068 Betriebe mit 389818 Personen. 1901 Tarifverträge erledigten sich im Jahre 1908 durch Ablauf.

Der Bestand der vorhandenen Verträge betrug am 31. Dezember 1908 5671 für 120401 Betriebe mit 1026430 Personen gegen 6880 für 110071 Betriebe mit 970700 Personen am 1. Januar 1908. Von besonderem Interesse ist ein Vergleich, der von den Tarifverträgen erstellten Personen mit den nach der gewerkschaftlichen Statistik 1907 in den einzelnen Gewerbegruppen beschäftigten Personen. Den verhältnismäßig größten Prozentsatz der tariflich gebundenen Personen weisen die polygraphischen Gewerbe auf, nämlich 80,2 Proz. Es folgt dann das Baugewerbe mit 27,1 Proz., die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 14,6 Proz. Alle übrigen Gewerbegruppen halten sich unter 10 Prozent.

Stellt man aber die Zahl der tariflich gebundenen Personen nur mit der der männlichen Berufsgenährigen in Vergleich, da erfahrungsgemäß Tarifverträge nur in sehr geringem Umfange für weibliche Personen abgeschlossen zu werden pflegen, so erhöht sich die Prozentzahl für die polygraphischen Gewerbe auf 48,5 Proz. und außer dem Baugewerbe (27,4 Proz.) und der Holzindustrie (15,9 Proz.) kommen auch das Metallgewerbe (18,5 Proz.) und die Papierindustrie (12 Proz.) auf mehr als 10 Proz. In der Metallindustrie mit ihrem mehr wie zwei Mill. Arbeitern sind erst 5 Proz. von Tarifverträgen erfasst. Vergleicht man die Tarifgemeinschaften des Jahres 1908 in den einzelnen Gewerbegruppen, so ergibt sich, daß das Baugewerbe (mit 67 Proz. an allen neuen Tarifgemeinschaften) am meisten beteiligt ist; es stellt sogar mehr als die Hälfte sämtlicher im Jahre 1908 von Tarifgemeinschaften neu erstellten Betriebe und Personen.

Für die Beurteilung der Frage, inwieweit sich die Tarifbewegung auf mehr handwerksmäßige Betriebe beschränkt und inwieweit sie auch in größere industrielle Unternehmungen eindringt, ist die Zahl der durchschnittlich auf einen von der Tarifgemeinschaft erstellten Betrieb entfallenden Personen beachtenswert. Für die Gesamtheit aller Gewerbegruppen stellt sich diese Durchschnittsziffer allein nur auf 9,9, bei den einzelnen Gruppen aber ist sie wesentlich verschieden. In der Gruppe, die verschiedene Gewerbearten umfasst (88 Tarifgemeinschaften 217 Betriebe, 10682 Personen), kommen durchschnittlich auf einen Betrieb 49,1 Personen. In dieser Gruppe kommt ein Betrieb von 2000 Personen (Zellstoffabrik) und 8 Betriebe mit über 200 Personen vor. Es folgt die Textilindustrie mit 39,4 Personen, dann das Handelsgewerbe mit 22,5 Personen auf einen Betrieb. Bei allen übrigen Gewerbegruppen stellt sich die durchschnittliche Personenzahl bei einem Betrieb unter 20. Im Jahre 1908 ist keine Tarifgemeinschaft für das ganze Reich abgeschlossen worden. Unter den 1933 Tarifgemeinschaften, über die bezügliche Angaben vorliegen, befinden sich 1086 Firmen, 462 Orts- und 885 Bezirkstarifgemeinschaften. Die meisten Verträge (799) sind auf anderthalb bis zwei Jahre, eine erhebliche Anzahl (512) nur auf ein Jahr abgeschlossen. Die Mehrzahl (1159) haben eine durchschnittliche Verlängerung des Vertrags beim Ablauf seiner Geltung vorgesehen, ebenso sind bei der Mehrzahl (1154) Schlichtungs- und Einigungsorgane vorgesehen.

40 000 Holzarbeiter dürften nach dem bisherigen Verhalten der Arbeitgeber von 42 Ortsverbänden in die Kampfstellung gedrängt werden. Die Arbeitgeber dieser Verbände haben am Dienstag den 22. Dezember das Zentralarbeitsgericht abgeholt und verlangen kritische Verhandlungen, die im übrigen von den Arbeitnehmern gänzlich abgelehnt waren. Die Arbeitgeber nennen die Forderungen der Arbeiter ungeheuerlich, was sie zu begreifen ist, wenn man weiß, daß diese glauben, den Arbeitern teils Verbesserungen, Beschäftigungen zu bieten zu können. Sollte sich der Standpunkt der Arbeitgeber nicht ändern, dann steht zu erwarten, daß demnächst ein Kampf entbrennt, wie er bis dahin noch nicht in der Holzindustrie zu verzeichnen war.

Die graphische Presse, (Organ des sozialdemokratischen Verbandes der Lithographen und Steinbrucher) die sich jahraus und ein in den Dienst der sozial. Partei stellt hat mit den Jahren 1908 beschlossenen Steuern noch nicht genug, sie hat nun eine abgelehnte als bestehend denselben hinzu, nämlich die Werkschmelzsteuer.

In einem Artikel Jahreswende in Nr. 54, 55 schreibt dieselbe u. a.:

„Verfügt wurden diese Wirtungen durch den Steueranhang der Regierung und des Reichsanhangs Block. Ist es auch gelungen, die Platanen abzuwehren, so konnte doch die Aufhebung all der anderen indirekten Steuern nicht verhindert werden, von denen einige, hauptsächlich die Tabaksteuer, die Werkschmelzsteuer usw. auf das Verdrüßlichste auf das graphische Gewerbe eingewirkt haben.“

Trotz der Steuer-Schlaucht und der politischen Mittel dieserhalb im Kampf um die Reichsreform, scheint der Scheiter in der Graphischen Presse nicht zu wissen, daß die Werkschmelzsteuer abgelehnt wurde, aber er schätzt seine Fehler weniger politisch, er wähnt ein, um die Gege möglichst lange nach zu halten.

Das große Einigungsversuch vom 21. Mai 1908 der Zapfenarbeiterinnen, welchen von diesem mit so großem Pomp ausposaunt wurde und das hauptsächlich zur Niederhaltung der aufständischen Arbeiterschaft gedacht ist, hat uns aus einem Artikel der Zapfenarbeiterinnen hervorgeht, in Arbeitgeberschaften nicht befristet.

In sehr vielen Fällen mußte im Jahre 1908 die Arbeiterschaft zur Abwehrstellung gegen aufzunehmende Beschäftigungen schreiten und es ist in manchen Fällen, hauptsächlich da wo keine oder nur ein geringer Teil organisiert, nicht gelungen, solche mit Erfolg abzuwehren. Die Organisation seitens der Arbeitgeber ist durch die Ringbildung eine höhere Kraft und gegen die

Organisation der Arbeiter als rigoros und schroff bekannt. Fragend steht aber der größte Teil dieser Branche immer noch zügel weiter zu, wie man seitens der Fabrikanten für zu vollständigen Ständen zu degradieren nicht Mühe doch das neue Jahr der Arbeiterkategorie dieser Branche mehr die Augen öffnen und sie dem Beispiel ihrer Arbeitgeber folgend, sich ebenfalls der Macht der Organisation bewusst werden.

Die Kolonisationsbewegung der Dresdener Buchbinder und Buchdruckerei-Giltsarbeiter hat ihren Höhepunkt durch Annahme eines auf 3 Jahre geltenden Tarifs gefunden. Die Arbeitszeit wurde um 1 Stunde wöchentlich verkürzt. Der Mindestlohn beträgt für Schiffen vom 1. Januar 1910 ab 21 Mk., vom 1. Januar 1911 ab 22 Mk., Arbeiterinnen erhalten (ausschließlich Bezahlzeit) 7.50 Mk., 8.50 Mk., 9.50 Mk. Sämtliche Gehilfen, die bei Inkrafttreten des Tarifs den Mindestlohn und darüber beziehen, erhalten eine wöchentliche Zulage von 1 Mk., die Arbeiterinnen eine solche von 50 Pf. Überstunden werden mit 20 v. H. Aufschlag bezahlt. Werdarbeiten erhalten 10 Pf., Werdarbeiten 5 Pf. Aufschlag für die Überstunde. Sonn- und Feiertage werden mit 20 v. H. oder 12 und 6 Pf. Aufschlag bezahlt.

Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Haus durch die Gewerbeordnung. Die Bestimmungen über die Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen, die nach dem am 1. Januar 1910 in Kraft tretenden Novelle zur Gewerbeordnung höchstens 10 Stunden, an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen höchstens 8 Stunden betragen darf, wurden bisher vielfach dadurch umgangen, daß den Arbeiterinnen aus den Betrieben Arbeit mit nach Haus gegeben wurde, wodurch dann die Arbeitszeit eine übermäßige Ausdehnung entgegen dem vom Gesetzgeber gemachten Umfang erfährt. Dem soll nun in Zukunft durch einen neuen § 187 a in der oben erwähnten Novelle geendet werden. Dieser Paragraph bestimmt:

1. Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen darf für die Tage, an welchen sie in dem Betrieb die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt waren, Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebes vom Arbeitgeber überhaupt nicht übertragen oder für Rechnung Dritter überwiesen werden.

2. Für die Tage, an welchen die Arbeiterinnen oder jugendlichen Arbeiter in dem Betriebe kürzere Zeit beschäftigt waren, ist diese Übertragung oder Überweisung nur in dem Maße zulässig, in welchem durchschnittlicher ihrer Zeit die Arbeit voraussichtlich in dem Betriebe während des Restes der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit würden hergestellt werden können und für Sonn- und Feiertage überhaupt nicht.

3. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Absatzes 2 kann die zuständige Polizeibehörde auf Antrag oder nach Anführung des zuständigen Gewerbeaufsichtsamtes (§ 180 b) im Wege der Verfügung für einzelne Betriebe die Übertragung oder Überweisung solcher Arbeit entsprechend den Bestimmungen des Abs. 2 beschränken oder von solchen Bedingungen abhängig machen. Vor Erlass solcher Verfügungen hat der Gewerbeaufsichtsamtsbeamte bereitwillig Arbeiterinnen und Arbeiter, von wählige Arbeiterauschüsse (§ 134 h) befragen, diesen Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.

4. Gegen die Verfügung der Polizeibehörde steht dem Gewerbenutzer binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zu. Gegen die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde ist binnen vier Wochen die Beschwerde an die Zentralbehörde zulässig; diese entscheidet endgültig.

Dieser neue Paragraph der Gewerbeordnung gehört seinem Zweck und seiner Wirkung nach in den Rahmen der Maßnahmen betreffend die Bekämpfung der Schäden der Heimarbeit.

Christliche Sozialpolitik in der Kommune. Unter dieser Rubrik geht eine Notiz durch die sog. Presse, die wieder einmal die Zustände auf den Kopf stellt. Bei der Beratung, der seit 1. Dezember 1909 eingeführten Arbeitslosenversicherung in Wülshausen (Ellaß) sollen die christl. Arbeitervertreter sozialdem. Vorschläge als die Folgen eingebracht und vertreten, und sich dadurch mit fremden Federn geschmückt haben. Tatsache ist, daß die hauptsächlichsten Bedenken der Genossen gegen den Entwurf, die sich später zu Anträgen verdichteten, bereits in der Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs vom Gewerkschaftssekretär Fischer behandelt wurden. Dieser hat dies auch in einer späteren Sitzung den Vertretern des sozialdem. Gewerkschaftsrates gegenüber hervorgehoben. Wie das Letztere, so nahm auch das christl. Gewerkschaftsrat zum Entwurf Stellung und beauftragte die christl. Arbeitervertreter im Gemeinderat auf Abstellung der erwähnten Bedenken hinzuwirken und wenn möglich eine Erhöhung des vorgeschlagenen Zuschusses durchzubringen. Diesem Auftrag gemäß haben die christl. Arbeitervertreter auch gehandelt. Die in der sozialdem. Notiz erwähnten, angeblich in einer Versammlung gemachte Bemerkung des Sekretärs des kath. Volksvereins ist belanglos, da der Sekretär sowohl der Sitzung des christl. Gewerkschaftsrates, wie auch der ersten Beratung des Entwurfs im Gemeinderat nicht beigewohnt hat und darum über den wahren Sachverhalt nicht unterrichtet war. Dem sei nochmals, daß das christl. Gewerkschaftsrat durch einen Antrag die Anregung zur Einführung der Versicherung gegeben hat. Dem zuständigen Eintraten der christl. Arbeitervertreter im Gemeinderat ist es zuzuschreiben, daß der Entwurf nicht den vorgeschlagenen Verbesserungen dursichtig. Man kommen die Genossen und nehmen das Verdienst für sich in Anspruch. Dabei haben dieselben keinen einzigen Vertreter im Gemeinderat. Wer schämt sich nun mit fremden Federn? Die Antwort mag sich der Leser selbst geben.

Soziale Wahlen.

Bei der Wahl zur Ortskrankenkasse in Bonn (Kassaberg) zählten von über 11000 Wahlberechtigten nur 1688 ihr Wahlrecht aus. Auf die Kandidaten der

freien Gewerkschaften entfielen 690 Stimmen, auf die der christlichen Gewerkschaften 929 Stimmen. Die letzteren haben somit gesiegt. Da in den beiden vorhergehenden Jahren ebenfalls die christliche Liste gesiegt hat, sind nunmehr nur noch christliche Vertreter der Arbeiter in der Ortskrankenkasse. Bis vor drei Jahren hatten die freien Gewerkschaften die Herrschaft.

Die Ulmer Gewerbegerichtswahl brachte dem christlich-nationalen Arbeiterorganisationen 337 Stimmen und drei Beisitzer; den Christl.-Dänischen Gewerksvereinen und dem evangelischen Arbeiterverein 195 Stimmen und einen Beisitzer und den sozialdemokratischen Gewerkschaften 976 Stimmen und acht Beisitzer.

Die Ortskrankenkassenwahl in Malsatt-Burkha fand vor kurzem unter lebhafter Beteiligung der Ausschmittglieder statt. Es wurden 589 Stimmen abgegeben, davon entfielen 334 auf die christlich-nationalen Vertreter und 255 auf die sozialdemokratische Liste. Die christlich nationalen Vertreter sind somit gesiegt.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Dortmund wurden Stimmen abgegeben für die Liste der christlichen Gewerkschaften 1884 (1907: 1805), sozialdemokratischen Gewerkschaften 2290 (1905), Christl.-Dänischen Gewerksvereine in Verbindung mit den evangelischen Arbeitervereine 446 (245). Die christlichen Gewerkschaften erhalten 6, die sozialdemokratischen Gewerkschaften 10 und die Christl.-Dänischen Gewerksvereine 2 Beisitzer. Am besten abgesehen haben zweifellos die christlichen Gewerkschaften. Bei der letzten Wahl entfielen auf ihre Liste ca. 4-5000 Stimmen von Eisenbahnarbeitern, die diesmal nicht mitwählen durften. Diese Stimmenzahl ist eingeholt und außerdem noch ein Zuwachs von 79 Stimmen erzielt.

Die allgemeinen Knappschaffswahlen im Ruhrrevier am 18. Dezember brachten dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter einen glänzenden Sieg, während der sozialdemokratische Bergarbeiterverband seine sämtlichen Mandate verlor.

Von den 27 zur Wieder- und Neuwahl stehenden Mandaten errang der Gewerbeverein 22, die Grubenpartei 5 Mandate, während der sozialdemokratische Verband leer ausging. Der Gewerbeverein hat außer der Wahrung seines bisherigen Besitzstandes neu erworben auf Rordstein 4, auf den Wilsbacher Werken 8 Mandate, auf Grube Rämpchen 1 und auf Grube Kauerweg 1 Mandat, also zusammen 14 Mandate. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband verlor seine zur Wiederwahl stehenden Mandate an den Gewerbeverein, mit Ausnahme eines Mandats auf Grube Maria, welches die Grubenpartei errang. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der sozialdemokratische Verband drei Flugblätter bezüglich der Bekämpfung des Gewerbevereins herausgegeben hat, um die Unorganisiertheit von der Stimmenabgabe für den Gewerbeverein abzuhalten, und nun zusehen muß, wie das eine Mandat, welches der Gewerbeverein ihm nicht abgerufen hat, der Grubenpartei zugefallen ist. Die Stimmenzahl des Gewerbevereins ist gegen die letzte Wahl, welche im Dezember 1906 stattfand, bedeutend gestiegen, auf einzelnen Gruben teilweise bis zu 50 Prozent. Die Wahl von fünf Grubenbeamten erscheint für den, der die Verhältnisse im Ruhrrevier kennt, nicht verwunderlich. Die Stimmzettel der Grubenpartei waren ebenfalls gegenüber den von Arbeiterseite verteilten Stimmzetteln.

Während der Gewerbeverein seine Stimmzettel nach dem vorigen Jahr von der Knappschaffverwaltung herausgegebenen Normalformate hatte anfertigen lassen, waren die Stimmzettel der Grubenpartei teilweise bis zur Hälfte kleiner, während sie an anderen Orten die doppelte Größe hatten. Dazu sehen die direkt vorgelegten, welche als Kandidaten fungierten, am Wahltag und nahmen die Stimmzettel in Empfang. Die Bedeutung einer solchen „gehobenen“ Wahl wurde am besten gekennzeichnet durch den Umstand, daß einzelne Arbeiter ihren Stimmzettel ungefallen abgaben, um zu zeigen, daß die freundlichen „Bemerkungen und Belehrungen“ seitens der Beamten an den letzten Tagen der Wahl, die entsprechende Beachtung gefunden hatten. Das Weitere hierüber, sowie auch über die direkt gesetz- und statutenwidrige Art, wie die Werkbesitzer eigenmächtig die Wahlen anberaumen haben, dürfte demnach im Landtage zur Sprache gebracht werden. Der Gewerbeverein darf trotz alledem einen glänzenden Erfolg seiner unermüdbaren Tätigkeit buchen.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 2. Wochenbeitrag pro 1910 fällig.

Wir versuchen um pünktliche Beitragszahlung, ferner um Einsendung der Abrechnung pro IV. Quartal 09. Die Zahlstellenverhältnisse wollen darauf achten, daß die von der Centralstelle und außerdem die der Zeitungsendung früher beigelegten Bücher mit in Rechnung pro IV. Quartal gestellt werden.

Die Bezugsstellen werden gebeten um pünktliche Abrechnung der ihnen unterstellten Zahlstellen zu achten.

Zugung nach Erfeld und Freiburg i. Br. ist streng fernzuhalten.

Nur wenige Zahlstellen haben die am 4. Januar fällige Berichtkarte des Reichl. Statistischen Bureaus eingekandt. Wir fordern dringend, soweit dies noch nicht geschehen, die Karten einzuliefern, da sonst eine Angabe der Statistik unmöglich ist.

Der Zentralvorstand
J. U. Herzog.

Aus den Zahlstellen.

Wachen. Der Arbeitgeberverband für das Steinbruggewerbe, der bisher hier keinen Boden finden konnte, scheint jetzt einige Stimmen gewonnen zu haben. Bei der

Firma Kessler soll im Monat Januar der abgelaufene Eintragsvertrag erneuert werden. Die organisierten Steinbrücker hatten einen verbesserten Tarif ausgearbeitet und diesen der Firma unterbreitet, diese hat jedoch jede Verhandlung abgelehnt und die Kollegen an dem Arbeitgeberverband verwiesen. Dagegen hat nun die Firma am Neujahrabend eine neue Arbeitsordnung ausgearbeitet, welche verschiedene Neuerungen enthält, die für die Arbeiter keine Verbesserung, sondern eine gewaltige Verschlechterung bedeutet.

Unter anderem, Verlängerung der Arbeitszeit von 9 Stunden auf 9 1/2 Stunden täglich. Wenn Hilfsarbeiter (Anlegelassen) u. a. die Stein- und Buchdruckmaschinen nicht zur Arbeit erscheinen, hätten die Maschinenmeister ebenfalls zu feiern bis dieselben wieder erscheinen! Ferner die Feiertage sollen nur die technisch ausgebildeten Arbeiter bezahlt erhalten, d. h. mit anderen Worten: die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erhalten in Zukunft keine Feiertage mehr bezahlt. Wenn jetzt, nach solchem Vorhaben, den Wächern Kollegen nicht alleis die Augen aufgehen, dann geht es sicher statt vorwärts, rückwärts und das Ende wird schlimmer sein, als das jetzt schon Angebotene. Bei der Firma Kessler werden die Steinbrücker, Buchdrucker und die Buchbinder vorstellig werden.

Wie uns nachträglich mitgeteilt wurde, hat die Firma Kessler diese „famose“ Vereinbarung auf das Vorstelligwerden der Vertrauensmänner der verschiedenen Organisationen jurüdgezogen.

Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

- Köln. Jeden 2. Samstag im Monat im Lokale Blum Anfang punkt 9 Uhr.
- Berlin. Jeden 4. Samstag im Monat, im Restaurant Daniels, Schlegelstr. 23.
- Berlin. Montag, den 17. Jan., punkt 8 1/2 Uhr abends im Vereinslokal K. Köhner, Schafes Gd.
- Bielefeld. Donnerstag, 20. Jan., bei Debour, Herforderstraße 34.
- Bonn. Montag, den 17. Jan., abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Vangen, Clemens-Auguststr. 6.
- Donaueschingen. Jeden 1. Samstag im Monat im Vereinslokal Karl Köhner, Schafes Gd.
- Düsseldorf. Alle 4 Wochen Sonntagmorgens 11 Uhr bei Allys Schmitz.
- Düsseldorf. Mittwoch, den 19. Jan., abends 8 1/2 Uhr im St. Paulushaus, Luisenstr. 33-35.
- Elberfeld. Jeden 2. Samstag im Monat. Abends 8 1/2 Uhr allgem. Bildungsverein, Luisenstr. 45.
- Effen. Jeden 1. Dienstag im Monat im Alfredshaus.
- Frankfurt. Jeden 1. Dienstag im Monat. Versammlungstotal: „Goldene Lunge“.
- Freiburg. Im Verbandslokal der christl. Gewerkschaften, K. Köhner, Schlegelstr. alle 14 Tage nach Beendigung der Sitzung.
- Freitag. Jeden letzten Samstag im Monat im Gasthaus zum Regelmist.
- Gengenbach (Schwarzwald). Jeden ersten Sonntag im Monat, vorm. 10 1/2 Uhr im Verbandslokal (Peter).
- Gagen. Die nächste Versammlung findet am 8. Januar 1910 statt.
- Hamburg. Alle 14 Tage Samstags Restaurant Wolf, Herrensgraben 2.
- Hofmannshaus. Jeden ersten Sonntag im Monat nachm. 3 Uhr bei Gastwirt Höffen in Wilmun.
- Köln. Samstag, den 15. Januar, Generalversammlung im Verbandslokal, „Dreieck“, Kreschstraße. Die Mitglieder werden dringend ersucht vollständig zu erscheinen.
- Kempen, Aghän. Samstag, 16. Jan. findet im Gasthaus zur Krone Wilmun ostendliche Generalversammlung statt. Anträge sind bis zum 10. Januar schriftlich beim Vorstand einzureichen.
- Kendersdorf. Jeden 2. Sonntag im Monat abwechselnd in Arangan und Kendersdorf.
- Münch. Dienstag, 18. Januar, Versammlung im Verbandslokal, Jägergarten, Jägerstr. 5.
- Münster i. W. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat bei Th. Weisendörfer, Königstr. Anf. 9 Uhr.
- Nürnberg. Jeden 8. Samstag im Monat.
- Negenburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jakobshaus.
- Stuttgart. Montag, den 21. Januar abends 8 Uhr im evg. Sanatorium, Werberstr. 2.
- Strasbourg. Jeden letzten Samstag im Monat.

Insessen werten Kollegen und Zahlstellenverpflichteten
Paul Wagner
und seiner verehrten Frau
Frl. Elise Schmitz
herzlichen Glückwünsche zur Verlobung.
Zahlfelle Berlin.

Unsere lieben Kollegen
Wilhelm Hagemann
und seiner werten Frau
Frl. Wilhelmine Schäfer
und
Anton Renke
sowie seiner werten Frau /
Frl. Florentine Untermann
die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung.
Zahlfelle Münster i. W.
Verantwortlich: A. Hornbach-Röhl, Palmstraße 14.
Druck: Schütz & Co., Köln-Gründel.